



Thomas Völker Die Linke

Referent für Gesundheit, Landeshauptstadt Wiesbaden
E-Mail: thomas.voelker@dielinke-mtk.de

Antworten zum **#WahlkreisRADar** des ADFC Main-Taunus

Persönliche Prioritäten: Was ist Ihre persönliche Verbindung zum Fahrrad und zum Radfahren? Was ist Ihnen persönlich beim Thema Radverkehr und Verkehrswende besonders wichtig, und wie möchten Sie sich dafür einsetzen?

Aufgrund einer Gleichgewichtsstörung war Fahrradfahren für mich persönlich immer gar nicht so einfach umsetzbar. Aber wo ein Wille, da ein Weg: erst mit dem Tandem, aktuell mit einem dreirädrigen Lastenrad kann man auch diese Schwierigkeiten überwinden. Das ist auch mein Ansatz für den Radverkehr allgemein: Statt vor Herausforderungen zu kapitulieren, gilt es diese aktiv anzugehen. Wir brauchen eine Mobilitätswende, die Fuß-, Rad-, Nah- und PKW-Verkehr zu gleichberechtigten Verkehrsarten erhebt. Das bedeutet in der aktuellen Ausgangslage unweigerlich ein Zurückdrängen des individuellen motorisierten Verkehrs. Dafür gilt es die Grundlagen zu legen, in der Infrastruktur und auch in der Preispolitik. Denn wenn Menschen auf das private Auto verzichten sollen, müssen die Alternativen auch tatsächlich sicher funktionieren und für alle Menschen bezahlbar sein.

Position Ihrer Partei: Wie steht Ihre Partei zu den Themen Radverkehr und Verkehrswende? Bitte heben Sie zentrale Punkte und Positionen aus Ihrem Wahlprogramm hervor.

Die Mobilität der Zukunft gehört dem Fuß-, Rad-, und öffentlichen Nahverkehr. Wir setzen uns für autofreie Innenstädte ein – selbstverständlich mit Ausnahmen für Menschen mit besonderen Bedarfen oder Lieferverkehr. Ob auf dem Weg zur nächsten Haltestelle oder Bahnhof oder auch von A nach B, überall soll es angenehm und sicher sein, sich zu Fuß oder per Rad zu bewegen. Die alltägliche Versorgung soll an allen Orten in 15 Minuten fußläufig erreichbar sein. Wir setzen uns für mehr Platz auf den Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen ein. Deutschland braucht ein flächendeckendes bundesweites Radverkehrsnetz.

Mit einer Mehrwertsteuerbefreiung für den öffentlichen Nahverkehr wird kurzfristig Geld für den Nahverkehr frei. Wir wollen das 9-Euro-Ticket sofort wieder einführen. Für Schülerinnen und Schüler, Azubis, Studierende und Seniorinnen und Senioren wollen wir ein sofortiges 0-Euro-Ticket. Die Mitnahme von Kindern und von Fahrrädern und Hunden muss inklusive sein. Für alle

Abonnentinnen und Abonnenten fordern wir sechs Freifahrten pro Jahr im Fernverkehr. Perspektivisch fordern wir einen kostenfreien ÖPNV in ganz Deutschland. Wir fordern ein Recht auf nachhaltige Mobilität. Das heißt: Jede Ortschaft braucht tagsüber eine mindestens stündliche Anbindung an Bus und Bahn. Dabei können Angebote wie Bürgerbusse oder Anrufsammeltaxis einbezogen werden und die Grundversorgung ergänzen. Auch in der Nacht muss ein Grundangebot vorhanden sein, gegebenenfalls durch Rufangebote. Wir wollen die privatisierten Nahverkehrsunternehmen in die öffentliche Hand zurückholen und demokratisch organisieren. Unsere Busse und Bahnen sind zu wichtig, dass wir sie dem Markt überlassen können. Wir wollen öffentliche und gemeinnützige Car-Sharing-Plattformen, um ein Leben ohne eigenes Auto zu fördern. Um Menschen und Klima zu schützen, brauchen wir endlich ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und innerorts Tempo 30 – außer auf Hauptverkehrsachsen. Die Pendlerpauschale wollen wir durch ein Mobilitätsgeld ersetzen. Das Dienstwagenprivileg schaffen wir hingegen ab. Flüge, die kürzer sind als 500 Kilometer oder fünf Zugstunden, wollen wir verbieten.

Bilanz der letzten Legislaturperiode: Welche konkreten Maßnahmen zum Radverkehr und zur Verkehrswende haben Sie oder Ihre Partei in der vergangenen Legislaturperiode unterstützt oder abgelehnt?

Viele radpolitische Entscheidungen werden in der Landes- und Kommunalpolitik getroffen, weniger auf Bundesebene. Auf allen Ebenen hat sich die Linke immer für eine sozial-ökologische Transformationspolitik stark gemacht, die einen klaren Vorrang für umweltverträgliche Verkehrsträger einfordert. Zu zentralen Punkten unseres Wahlprogramms (s. vorhergehende Antwort) wurden auch bereits in der Vergangenheit parlamentarische Initiativen im Bundestag ergriffen. Als Oppositionspartei haben wir uns auch gegen zahlreiche Verschlechterungen gestellt, etwa die Aufweichung des Klimaschutzgesetzes durch die Ampel-Koalition, wo die mangelnde Zielerreichung im Verkehrssektor übertüncht wurde, oder die klima- und sozialpolitisch schädliche Verteuerung des erfolgreichen Neun-Euro-Tickets. In beiden Fällen repräsentierte Die Linke als einzige Partei im Bundestag die kritischen Stimmen des Umweltverbundes.

Ziele für die Zukunft: Welche konkreten Maßnahmen und Gesetzesvorhaben möchten Sie anstoßen oder unterstützen, um den Radverkehr in Ihrem Wahlkreis und bundesweit zu fördern und die Verkehrswende voranzutreiben?

Neben den programmatischen Forderungen unseres Wahlprogramms möchte ich mich explizit dafür einsetzen, dass zum schnelleren Radwegeausbau die Vielfältigkeit der Akteure an Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen nicht länger als ein entscheidender Hemmschuh wirkt. Zudem müssen sichere Radwege nicht nur zwischen den Orten und Ortsteilen, sondern vor allem auch innerorts zügig geschaffen werden - auch wenn das zu Lasten von Fahr- bzw. Parkspuren für Autos geht. Radwege müssen selbständig geplant und gebaut werden, unabhängig von und nicht nur als Anhängsel von Straßenausbauten.

Wähler:innen einbeziehen: Welche Rolle sehen Sie für Bürgerinitiativen und Vereine wie den ADFC bei der Gestaltung einer fahrradfreundlichen Politik?

Der ADFC, Bürgerinitiativen wie „Hofheim bewegt sich“ und auch regionale Zusammenschlüsse wie Radentscheide, das Volksbegehren Verkehrswende Hessen oder das Bündnis gegen den zehnspurigen Ausbau der A5 sind wesentliche Träger öffentlicher Meinung und wesentliche Bündnispartner. Es ist erschreckend, dass unter der Ampel in Berlin und unter der aktuellen schwarzroten Regierung in Hessen die viel zu geringen Mittel direkter Demokratie weiter eingeschränkt wurden und werden und damit bürgerschaftliches Engagement geschwächt wird. Auch hier wird Die Linke und werde ich persönlich auf allen politischen Ebenen stets für mehr (direkte) Demokratie eintreten.

Thomas Völker, Die Linke